

**DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 5. Juli 1957

Nummer 27/28

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1957

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv  
Hamburg

IFO — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-  
forschung, Essen

Abgeschlossen in München am 27. Juni 1957

### Die Lage der Weltwirtschaft

Die wirtschaftliche Expansion der westlichen Welt hat in der ersten Hälfte des Jahres 1957 weiter nachgelassen. Wenn auch das nominale Wachstum noch etwas größer als das reale war, so hat sich doch eine gewisse Preisberuhigung durchgesetzt. Die Verlangsamung der Expansion ist auf die allgemein in der westlichen Welt zu beobachtende geringere Investitionsbereitschaft zurückzuführen, die nicht nur eine unmittelbare Folge der Kreditrestriktionen ist, sondern auch eine Reaktion auf den vorangegangenen Boom darstellt.

Die Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika ist in den ersten Monaten 1957 nur unbedeutend über das um die Jahreswende erreichte Niveau hinausgewachsen; die expansiven und die kontraktiven Kräfte hielten sich annähernd die Waage. Zu den expansiven Faktoren im privaten Wirtschaftsbe- reich zählten nach wie vor die Investitionsauf- wendungen der gewerblichen Wirtschaft für An- lagezwecke und die — in den ersten Monaten des Jahres über die Einkommenszunahme hin- aus gestiegenen — Verbrauchsausgaben der pri- vaten Haushalte; es wurden vor allem mehr kurzlebige Verbrauchsgüter und Dienste nachge- fragt. Der Automobilabsatz stieg ebenfalls, wenn

die Steigerung auch hinter den Erwartungen zu- rückblieb. Ein zum Teil durch die Nachwirkun- gen der Suez-Krise bedingter, beachtlich erhöhter Überschuß in der Leistungsbilanz mit dem Aus- land wirkte wie die Haushaltsgebarung der Öff- entlichen Hand ebenfalls expansiv. Demgegen- über gingen starke kontraktive Einflüsse von der weiter nachlassenden Wohnbautätigkeit und dem in den ersten Monaten vorgenommenen Lager- abbau aus.

Die Investitionstätigkeit im Jahre 1956 und auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres brachte neben der Rationalisierung auch eine be- achtliche Erweiterung des amerikanischen Pro- duktionsapparates, so daß bei nur noch lang- sam gewachsener Nachfrage die noch vor wenigen Monaten bestehenden Spannungen an den Investi- tionsgütermärkten überwunden wurden; zum Teil ist die Kapazitätsausnutzung sogar unter das als optimal angesehene Ausmaß gefallen. Auch der Arbeitsmarkt zeigt Merkmale einer leichten Entspannung, die sich jedoch überwiegend in einer Arbeitszeitverkürzung, kaum dagegen in der Arbeitslosenziffer ausdrückt.

Diese veränderte Angebot - Nachfragekonstel- lation hat in der ersten Jahreshälfte 1957 Preis- erhöhungen erschwert und einen Anstieg der effektiven Stundenlöhne (Fortfall der Überstun- denbezahlung) verhindert. So halten sich die

Großhandelspreise für industrielle Güter und auch die durchschnittlich gezahlten Stundenlöhne auf dem Niveau der Jahreswende, während die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen sind. Wenn auch auf Grund der in den wichtigsten Industriezweigen bereits tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen das Lohnniveau in den kommenden Monaten angehoben werden wird, so dürfte weder die Lohnwelle das vorjährige Ausmaß erreichen, noch der Wirtschaft die Weitergabe der Kostenerhöhungen in den Preisen in dem Maße wie im Vorjahr gelingen.

Diese Entwicklung vollzog sich bei einer unverändert restriktiven Kreditpolitik. Die Liquiditätslage des Bankenapparates blieb bis in die jüngste Zeit hinein angespannt; so haben sich nicht nur die Banken gegenüber der Zentralbank wieder verstärkt verschuldet, auch die Geldmarktsätze und die Zinsen für kurzfristige Kredite haben nach einer kurzen Phase des Nachgebens wiederum angezogen und um die Jahresmitte zum Teil einen neuen Höchststand erreicht. Daß es der Wirtschaft dennoch möglich war, sich in den ersten Monaten des Jahres 1957 mehr Mittel auf dem Kapitalmarkt — allerdings zu erhöhten Zinssätzen — zu beschaffen, war nicht zuletzt eine Folge der Verminderung der Neugewährung von Hypothekarkrediten für den Wohnungsbau und der geringeren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund.

Für die künftige Entwicklung ist bedeutungsvoll, daß von der Öffentlichen Hand weiterhin Auftriebskräfte ausgehen werden, zumal nicht nur die Aufwendungen steigen werden, sondern auch mit einem weiteren Abbau der Haushaltsüberschüsse gerechnet wird. Darüber hinaus lassen auch die Verbraucher bei bisher kontinuierlich gestiegenem Einkommen in der jüngsten Zeit eine leicht verstärkte Verbrauchsneigung erkennen. Diese Impulse dürften bei voraussichtlich gleichbleibenden Anlageinvestitionen stark genug sein, die Rückwirkungen eines möglicherweise sinkenden Ausfuhrüberschusses zu kompensieren. Unter diesen Umständen dürfte der Lagerabbau als kontraktiver Faktor in Zukunft an Bedeutung verlieren.

Im amerikanischen Wirtschaftsbild zeichnen sich somit im ganzen gesehen gegenwärtig keine Symptome für ein beschleunigtes Wachstum ab. Dennoch scheint das Zentralbankensystem entschlossen, generell kreditpolitische Erleichterungen so lange nicht zu gewähren, wie die Stabilität des Preisniveaus nicht nachhaltig gesichert ist.

Die Wirtschaft Westeuropas steht weiterhin im Zeichen eines verlangsamten Wachstums. Im Gesamtdurchschnitt dürfte bei starken Unterschieden von Land zu Land die reale wirtschaftliche Expansion im ersten Halbjahr 1957 nur noch einer Jahresrate von 2 bis 3 vH entsprechen haben (1956: 3,6 vH). Eine überdurchschnittliche Zunahme des Sozialprodukts hatten besonders Frankreich und Italien aufzuweisen. Demgegenüber hat das Wachstum in einigen Ländern fast ganz aufgehört (Skandinavien) oder nach vorübergehender Stagnation erst eben wieder eingesetzt (Großbritannien).

Ausschlaggebend für diese Verlangsamung war vor allem das Nachlassen der Investitionsneigung.

Zum Teil muß hierin eine Reaktion auf die in den letzten Jahren besonders hohen Investitionen — vor allem im Bereich der Investitionsgüterindustrien selbst — gesehen werden. Im übrigen waren für das Nachlassen der Investitionsneigung die seit längerer Zeit in den meisten westeuropäischen Ländern durchgeführten und zum Teil seit Jahresbeginn noch verschärften Kreditrestriktionen (Schweiz, Frankreich) von Bedeutung. Gleichzeitig mit der dadurch bewirkten Erschwerung der Fremdfinanzierung verminderten sich infolge geringerer Gewinne auch die Möglichkeiten für die Selbstfinanzierung. In den meisten Ländern war im bisherigen Verlauf dieses Jahres noch eine weitere Steigerung der öffentlichen Ausgaben zu verzeichnen, obwohl man bemüht war, sie zu reduzieren. Die Zunahme der öffentlichen Investitionen reichte nicht aus, um ein Wachstum der Gesamtinvestitionen im bisherigen Umfang sicherzustellen. Vielmehr verlagerte sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Expansion auf den privaten Verbrauch. Selbst in den Ländern, in denen im vergangenen Jahr noch der private Konsum unter dem Druck nachfrage-dämpfender Maßnahmen stagnierte oder sogar zurückging, macht sich neuerdings eine verstärkte Zunahme des privaten Verbrauchs insbesondere von dauerhaften Konsumgütern bemerkbar. Unter den Ursachen dieses Verbrauchsanstiegs spielt neben abnehmender Sparneigung (z. B. in Großbritannien) und Steigerung der Übertragungseinkommen (z. B. in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden) im allgemeinen die weitere Zunahme der Arbeitseinkommen die Hauptrolle. Zwar hat die Zahl der Beschäftigten unter dem Einfluß der verringerten wirtschaftlichen Aktivität kaum noch weiter zugenommen und ist in einigen Ländern sogar leicht zurückgegangen, aber nach wie vor wird diese Entwicklung in ihrem Einkommenseffekt durch die anhaltende Steigerung der Lohn- und Gehaltsätze weitgehend kompensiert. Allerdings lassen sich nicht mehr so stark über den laufenden Produktivitätszuwachs hinausgehende Lohnsteigerungen durchsetzen wie bisher. Auch wirkt sich die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf die Entwicklung der persönlichen Einkommen retardierend aus.

Unter diesen Umständen haben sich die Spannungen zwischen Güterangebot und monetärer Nachfrage im allgemeinen verringert. Das Preisniveau ist in den meisten westeuropäischen Ländern seit Jahresbeginn annähernd stabil; in einzelnen Ländern ist es sogar gesunken (z. B. Italien, Dänemark, Schweden). Die internationalen Preis- und Wechselkursdisproportionalitäten wurden hiervon nicht nennenswert berührt. Die Zahlungsbilanzlage der westeuropäischen Länder steht nach wie vor im Zeichen extremer Überschüsse und Defizite. In Frankreich haben das im ersten Halbjahr 1957 erneut sehr starke Expansionstempo und die mangelhafte innere finanzielle Stabilität zu einer weiteren erheblichen Steigerung der Einfuhr geführt, mit der die Ausfuhr trotz verstärkter Förderung nicht annähernd Schritt halten konnte.

Die dadurch verursachte starke Verringerung der offiziellen Währungsreserve löste einschneidende Einfuhrrestriktionen aus. Auch die bisher

gegen erheblichen politischen Widerstand durchgesetzten weiteren Sanierungsmaßnahmen dürften nicht ausreichen, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Zahlungsbilanzsituation Großbritanniens ist bei weitem weniger angespannt als die Frankreichs; die offizielle britische Gold- und Dollarreserve ist in den ersten Monaten 1957 zwar wieder gestiegen, dies war aber nur unter Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitiger voller Inanspruchnahme der Kreditquote beim Internationalen Währungsfond und Suspension des Kapitaldienstes für die von den Vereinigten Staaten und Kanada nach dem Kriege gewährten Anleihen möglich. Trotzdem hat die Zunahme der Gold- und Devisenbestände das saisonübliche Maß nicht erheblich überschritten. Die britischen Leistungsbilanzüberschüsse haben sich bisher noch weiter vermindert. Die sich in Großbritannien seit kurzem wieder anbahnende wirtschaftliche Expansion würde im Falle ihrer Intensivierung eine erneute Zunahme der Aufwendungen für die Einfuhr bedingen, deren Ausgleich durch höhere Exporterlöse zweifelhaft erscheint. Wenn so im Augenblick von einer akuten Verschärfung der britischen Zahlungsbilanzsituation nicht gesprochen werden kann, dürften längerfristig doch auch Großbritannien Maßnahmen zu einer dauerhaften Konsolidierung seiner Zahlungsbilanz nicht erspart bleiben.

Die Umsätze im Welthandel sind bis in das Frühjahr 1957 hinein weiter stark gestiegen. Unter dem Einfluß der Suez-Krise hat sich die Nachfrage vorübergehend erhöht, wodurch die Anpassung auch der Außenhandelsumsätze an das insgesamt geringere wirtschaftliche Wachstum überdeckt wurde. Es handelte sich hierbei hauptsächlich um Voreindeckungen mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Diese zusätzliche Nachfrage kam vor allem den Nichtindustrielländern zugute, so daß dadurch der nachteilige Einfluß der zunehmenden Agrarexporte der Vereinigten Staaten auf den Export jener Länder zeitweise überkompensiert wurde. Nachdem die Suez-Krise überwunden worden ist, dürften auch die Welthandelsumsätze unter dem Einfluß des verringerten wirtschaftlichen Wachstums langsamer gestiegen sein. Dirigistische Maßnahmen zur Einschränkung der Einfuhr, wie sie gegenwärtig von Frankreich ergriffen worden sind, werden diesen Vorgang beschleunigen. Hinzu kommt, daß im Gegensatz zum Vorjahr der Zuschußbedarf Europas an Grundnahrungsmitteln infolge sehr reichlicher Ernten bedeutend geringer sein wird als 1956/57. Die Möglichkeiten der Nichtindustrielländer, die zur Durchführung ihrer Investitionsprogramme erforderlichen Exporterlöse zu erzielen, werden dadurch beeinträchtigt. Die Lage auf den Kapitalmärkten läßt ebenfalls keine über das bisherige Maß hinausgehende Kapitalbereitstellung für die Rohstoffländer von seiten der internationalen Institutionen und der führenden Industrieländer erwarten. Alle diese Faktoren deuten auf sinkende Zuwachsraten des Welthandels hin, zumal es zweifelhaft erscheint, ob die Zunahme der wirtschaftlichen Verflechtung der Industrieländer noch im bisherigen Ausmaß anhält.

Die Preise auf den Weltwarenmärkten waren bereits im Frühjahr 1957 auf das Niveau zurückgegangen, auf dem sie sich vor der Suez-Krise

bewegten. Da die Nachfrageentwicklung bei den meisten Waren nicht mit dem weiter wachsenden relativ unelastischen Angebot Schritt hält, hat sich die bereits im vorigen Jahr sich anbahnende Tendenz sinkender Preise erneut durchgesetzt und bis zur Jahresmitte zu weiteren Preisrückgängen geführt. Diese Entwicklung dürfte auch in den kommenden Monaten anhalten.

Das gesamte weltwirtschaftliche Klima wird in den kommenden Monaten davon bestimmt werden, daß in den führenden Industrieländern nur geringe Auftriebskräfte vorhanden sind und die ungelösten Zahlungsbilanzschwierigkeiten wichtiger Währungsräume ein an Bedeutung gewinnender Störungsfaktor sein werden. Unter diesen Umständen ist mit verstärktem Wettbewerb auf den Exportmärkten zu rechnen.

## Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Nachdem der Investitionsboom der vergangenen Jahre abgeklungen, aber nicht, wie verschiedentlich befürchtet worden war, in einen kumulativen Rückgang umgeschlagen ist, bewegt sich das konjunkturelle Geschehen in Westdeutschland in einem Bereich verhältnismäßig hoher Labilität. Schon relativ geringe Änderungen der augenblicklich die Situation beeinflussenden Kräfte können einen Wechsel in der Tendenz der konjunkturellen Entwicklung hervorrufen.

### Die derzeitige Situation

Das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft hat bis zur Gegenwart angehalten. Im ersten Halbjahr 1957 überschritt das Bruttosozialprodukt den vergleichbaren Vorjahreswert um schätzungsweise mindestens 8 vH; der Zuwachs zu konstanten Preisen betrug indes etwa 6 vH. Wenn sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum gegenüber dem zweiten Halbjahr 1956 leicht beschleunigte, so ist dies im wesentlichen auf Sondereinflüsse zurückzuführen, die zunächst der Expansion der Investitionen, dann der des privaten Verbrauchs zugute kamen. In den letzten Monaten haben sich jedoch die Tendenzen zur Verlangsamung des Fortschritts erneut durchgesetzt.

Diese Abschwächung der Expansion geht darauf zurück, daß die vorübergehend kräftige Belebung der Investitionstätigkeit, die fast ausnahmslos die Bauinvestitionen betraf, im zweiten Jahresviertel aufhörte. Während die Ausrüstungsinvestitionen nur noch leicht anstiegen, sind die Bauinvestitionen konjunkturell zuletzt sogar etwas zurückgegangen.

Demgegenüber nahm der private Verbrauch, der bis zu den Auswirkungen der Rentenreform weniger kräftig als vor der Jahreswende gewachsen war, seit April wieder verstärkt zu. Die Verbrauchsbelebung der letzten Monate stützte sich auf ein Masseneinkommen, das zwar von der Beschäftigungsentwicklung her nur wenig, durch die Einkommenserhöhungen der Rentenreform jedoch beträchtlich vergrößert und zudem auch durch die Verringerung der steuerlichen Belastung begünstigt worden war. Da ein wachsender Teil der verfügbaren Einkommen gespart wurde, sind die Wachstumsraten des Verbrauchs vom vergangenen Jahr trotzdem nur wenig überschritten worden.

Relativ stärker als der private Verbrauch hat der öffentliche Verbrauch zugenommen. Maßgebend hierfür waren die beträchtlich erhöhten Verteidigungsausgaben, die nicht nur dem Ausland — hier vor allem dem Dollarraum — zufflossen, sondern auch im Inland als zusätzliche Nachfrage wirksam wurden.

Die inlandswirksamen Ausgaben der öffentlichen Haushalte blieben zwar in den ersten Monaten dieses Jahres — im Gegensatz zum letzten Vierteljahr 1956 — hinter den laufenden Einnahmen zurück, jedoch sehr viel weniger als im Vorjahr. Im April ist wieder ein im Inland expansiv wirkender Ausgabenüberschuß entstanden. Es ist noch nicht zu übersehen, ob diese Umkehr in der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bis zur Jahresmitte angehalten hat.

Selbst wenn die inlandswirksamen Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte bis zur Jahresmitte nicht expansiv gewirkt haben sollten, so haben sie doch in jedem Fall den bis in die jüngste Zeit anhaltend hohen außenwirtschaftlichen Überschüssen kaum mehr entgegengewirkt.

Die Aktivsaldo der Leistungsbilanz haben in der ersten Jahreshälfte ihr bereits im Vorjahr erreichtes extrem hohes Niveau noch beträchtlich übertroffen. Obwohl sich das Wachstum der Einfuhr im ersten Halbjahr 1957 erheblich beschleunigte, hat sich die Aktivierung der Handelsbilanz weiter verstärkt. Die vielfach gehegten Vermutungen, die Dämpfung der internationalen Investitionskonjunktur werde die westdeutsche Ausfuhr beeinträchtigen, haben sich bisher nicht bestätigt.

Die von den Devisenüberschüssen ausgehenden ungewöhnlich starken Zuflüsse von Zentralbankgeld bei den Kreditinstituten konnten zwar durch die Offenmarktpolitik und durch die Erhöhung der Mindestreserven zu einem Teil abgeschöpft werden. Die Bankenliquidität wurde hierdurch jedoch nicht spürbar beeinflußt, so daß das Kreditpotential der Banken weiter zunahm. Da die kommerziellen Devisenüberschüsse bei der verringerten nominalen Expansion des Sozialprodukts weitgehend ausreichten, den Finanzierungsbedarf der Wirtschaft zu decken, wurde das Kreditpotential der Banken bei weitem nicht voll ausgenutzt. Die allgemeine Kreditentwicklung steht daher auch heute noch im Zeichen eines stark abgeschwächten Zuwachses.

Obwohl unter diesen Bedingungen die Kosten des kurzfristigen Kredits — unabhängig von den bereits erfolgten Diskontherabsetzungen — eine gewisse Tendenz zur Senkung zeigen, sind entsprechende Wirkungen auf die Zinsentwicklung der Wertpapiermärkte bisher kaum zu beobachten. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der anhaltenden Abneigung der potentiellen Kapitalanbieter, ihre verfügbaren Mittel in Wertpapierform anzulegen. Zwar nimmt das Aufkommen an längerfristigen Mitteln bei den Banken wieder beträchtlich rascher zu als ihre längerfristigen Ausleihungen. Diese Entwicklung bedeutet jedoch zunächst nur eine Wiederauffüllung der Lücke, die während des Investitionsbooms zwischen der starken Ausweitung der längerfristigen Kredite und dem nachlassenden Mehraufkommen an längerfristigen Mitteln entstanden war. Hinzu kommt, daß auch heute die Fristigkeit des zu-

sätzlich bei den Banken anfallenden Geldkapitals keineswegs dem längerfristigen Anlagebedürfnis der Kreditinstitute entspricht und daß zudem durch die Offenmarktpolitik trotz stetig wachsender Liquidität der Kreditbanken eine ins Gewicht fallende Beeinträchtigung ihrer Rentabilität und damit ein verstärkter Anlagezwang für die Banken vermieden wurde. Auch auf seiten der Nachfrage nach längerfristigen Mitteln sind bisher keine Entlastungszeichen sichtbar geworden. Jedenfalls sind genügend Kapitalnehmer bereit, den von den Kapitalanbietern geforderten hohen Zins zu zahlen.

Der Arbeitsmarkt stand in den letzten Monaten im Zeichen einer merklichen Entspannung, die durch das verlangsamte Wachstum der Wirtschaft bedingt war. Zwar hat sich die Zahl der Beschäftigten im ersten Vierteljahr, hauptsächlich infolge der Forcierung der Bautätigkeit, noch kräftig erhöht. Seit April aber trat eine deutliche Verlangsamung in der Zunahme der Beschäftigtenzahl ein. Sowohl das nun rückläufige Beschäftigungsvolumen der Bauwirtschaft als auch der nachlassende Bedarf der Investitionsgüterindustrien an zusätzlichen Arbeitskräften trugen dazu bei, daß sich die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt weiter milderten.

Der Arbeitsmarkt hätte sich in den vergangenen Monaten noch stärker entspannt, wenn nicht die Arbeitszeitverkürzung weitere Bereiche erfaßt hätte. Die tatsächliche Verkürzung der Arbeitszeit entsprach weitgehend den tariflich vereinbarten Herabsetzungen. Seit April ist die tarifliche Arbeitszeit vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien sowie in der Bauwirtschaft vermindert worden. Da die Produktionsleistung je Arbeiterstunde in der Industrie im bisherigen Verlauf des Jahres erheblich stärker zugenommen hat als im Vorjahr, wurden die an sich hemmenden Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Produktion nahezu ausgeglichen.

Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist in der ersten Hälfte dieses Jahres weniger rasch gewachsen als im Vorjahr, so daß auch von dieser Seite her keine zusätzlichen Impulse die konjunkturelle Entwicklung beschleunigt haben. Die Ursache hierfür lag vor allem in der geringeren Erhöhung der Lohn- und Gehaltseinkommen je Beschäftigten, die sich in erster Linie aus der Verkürzung der Arbeitszeit erklärt. Die tariflichen und auch effektiven durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssätze je Beschäftigtenstunde haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres nicht mehr im gleichen Tempo wie im vorigen Jahr erhöht. Die Spanne zwischen nominaler Lohnerhöhung und Produktivitätsfortschritt besteht zwar nach wie vor, hat sich aber verringert.

Die Selbständigen-Einkommen haben seit Beginn des Jahres nach einer Periode der Stagnation wieder leicht zugenommen. Maßgebend hierfür waren in den ersten Monaten dieses Jahres die etwas lebhaftere Investitionstätigkeit, seit April die durch die Rentenreform bedingte Belebung des Verbrauchs. Diese Faktoren waren stark genug, um die dämpfenden Einflüsse der wachsenden Ersparnisbildung der privaten Haushalte zu überkompensieren, zumal die öffentlichen Haushalte nicht zuletzt durch die erhöhten Verteidigungsausgaben und außerdem die anhaltend zu-

nehmende Auslandsnachfrage die Gewinnbildung begünstigen.

Das volkswirtschaftliche Preisniveau hat sich weiter, wenn auch verlangsamt, erhöht. Die Preiserhöhung erstreckte sich in den letzten Monaten fast ausschließlich auf die Verbrauchsgüter. Obwohl die Kapazitäten in den Verbrauchsgüterindustrien in den ersten Monaten des Jahres zunehmend erweitert worden waren, stieg die Kapazitätsausnutzung zumindest in Teilbereichen sehr stark an. In den übrigen Bereichen der industriellen Erzeugung und vor allem auch in der Bauwirtschaft traten dagegen keine Spannungen mehr auf.

Die Diskrepanz zwischen Angebots- und Nachfrageentwicklung hat sich insgesamt verringert. Soweit die Gesamtnachfrage unter expansiven Einflüssen steht, ergeben sich diese ganz überwiegend aus dem kräftigen Anstieg der außenwirtschaftlichen Überschüsse.

### Die konjunkturellen Probleme

Die Problematik der gegenwärtigen konjunkturellen Situation in Westdeutschland liegt darin, daß die Ausweitung des Einkommenskreislaufs im wesentlichen auf der Zunahme der Überschüsse in der Leistungsbilanz der Außenwirtschaft beruht, da das Wachstum der binnenwirtschaftlichen Investitionen zum Stillstand gekommen ist. Die Defizite in den Kassen der Öffentlichen Hand, die vorübergehend für die Nachfrageentwicklung von Bedeutung waren, spielen in der nächsten Zukunft wohl keine entscheidende Rolle. Die Expansion wird wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit von der Anomalie: hohe Überschüsse in der außenwirtschaftlichen Bilanz und gedämpfte Investitionstätigkeit bestimmt sein.

Eine solche Konstellation der Kräfte ist dem Wachstum einer vollbeschäftigten Wirtschaft, das sich ohne Preissteigerung vollziehen soll, auf die Dauer abträglich; sie enthält außerdem latent eine nicht unbedeutende Gefahr.

Das Abträgliche und Gefährliche wird häufig darin gesehen, daß die Entwicklung im Inneren immer stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abhängig und den Einwirkungsmöglichkeiten der Konjunkturpolitik weitgehend entzogen wird. Die Abhängigkeit von der Konjunkturentwicklung im Ausland erhalte ihre besondere Note durch die Tatsache, daß der deutsche Export überwiegend aus Investitionsgütern besteht, so daß sich Schwankungen in der Gesamtkonjunktur des Auslands besonders intensiv auf die Nachfrage nach deutschen Exportgütern und damit auf die deutsche Beschäftigungssituation auswirken könnten.

Dem ist entgegenzuhalten, daß unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Bedingungen in der westlichen Welt tatsächlich wohl kaum mit erheblichen konjunkturellen Rückschlägen zu rechnen ist, da sie über kurz oder lang durch ein Eingreifen der Konjunkturpolitik im Inland und im Ausland, die immer mehr an einer Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums orientiert ist, bekämpft würden.

Viel ernster zu beurteilen sind andere unmittelbare Wirkungen der Exportüberschüsse auf die Binnenmärkte. Anhaltend hohe Exportüber-

schüsse bedeuten, daß in großem Umfang Produktivkräfte von der Verwendung für die Erweiterung des Güterangebots auf dem Binnenmarkt abgezogen werden und überdies laufend die Voraussetzungen für die Finanzierung einer preissteigernden Gesamtnachfrage geschaffen werden, die die Entwicklung immer mehr mit dem Grundsatz der Geldwertstabilität in Widerspruch geraten läßt und durch restriktive Kreditpolitik praktisch nicht beseitigt werden kann.

Diese Überschüsse in der außenwirtschaftlichen Bilanz Westdeutschlands, denen entsprechende Defizite in anderen Ländern gegenüberstehen, sind Ausdruck eines fundamentalen Ungleichgewichts in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, dessen Hauptgrund in der unterschiedlichen monetären Entwicklung der einzelnen Länder in den letzten Jahren zu suchen ist.

Alle in der Bundesrepublik bisher ergriffenen handels- und steuerpolitischen Maßnahmen haben zwar in Richtung eines Ausgleichs gewirkt, insgesamt aber nur einen geringen Erfolg gehabt. Selbst wenn die Regierung zu den von ihr jetzt geforderten zoll- und steuerpolitischen Maßnahmen ermächtigt würde, wäre zwar eine gewisse Mäßigung der Ausfuhrüberschüsse, aber kein entscheidender Rückgang zu erwarten. Dies erscheint sogar dann zweifelhaft, wenn man noch radikalere Maßnahmen als die vorgesehenen ergreifen würde.

Wenn demnach kredit-, finanz- und handelspolitische Maßnahmen nicht zum Erfolg führen, bleibt als letzter Ausweg eine Veränderung der Wechselkursrelationen. Diese könnte entweder in einer Abwertung der überbewerteten oder in einer Aufwertung der unterbewerteten Währungen oder in einer Anwendung beider Methoden bestehen.

Ganz gleichgültig, ob die deutschen Exportüberschüsse durch Preisdifferenzen oder durch andere Bedingungen zustande gekommen sind: auf jeden Fall würde durch einen solchen Schritt die anhaltende Steigerung der deutschen Exporte gebremst. Zugleich würde sich durch die Verbilligung ausländischer Erzeugnisse für deutsche Käufer der Anstieg der Einfuhr beschleunigen.

Diese Wirkungen im Sinne einer Änderung der marktwirtschaftlichen Bedingungen sind sicher einer Entwicklung vorzuziehen, bei der der Steigerung der deutschen Exporte durch Kontingentierungsmaßnahmen, Entliberalisierung u. ä. von den Abnehmerländern Einhalt geboten würde.

Eine beachtliche Verminderung der Überschüsse in der deutschen Außenbilanz würde natürlich das Wachstum der Einkommen und damit der Gesamtnachfrage auf den Binnenmärkten dämpfen. Den so entstehenden preissenkenden Einflüssen ständen aber verstärkte inlandswirksame Kassendefizite des Bundes und der Länder gegenüber, da mit der Verlangsamung in der Steigerung der Einkommen auch eine Verlangsamung im Wachstum der Steuereinnahmen einherginge.

Sollte sich trotz dieser Entwicklung der öffentlichen Finanzen eine stärkere Abschwächung der Investitionsneigung mit unerwünschten Folgen für Beschäftigung und Einkommen ergeben, so hätte der restriktive Kurs der Notenbank einer Politik des billigen Geldes zu weichen. Darüber

hinaus müßten unter Umständen auch andere Mittel der aktiven Konjunkturpolitik eingesetzt werden, damit der dann gegebene Spielraum für eine nicht inflatorisch wirkende Belegung der Investitionstätigkeit voll genutzt werden würde.

Nichts spricht dafür, daß bei den gegebenen Bedingungen in der wirtschaftlichen Entwicklung im Inland und im Ausland eine Wechselkurskorrektur in absehbarer Zeit weniger problematisch wäre als gegenwärtig.

## Der Staatshaushaltsplan der Sowjetzone für das Jahr 1957

Wegen der erheblich verzögerten Verabschiedung des Volkswirtschaftsplanes 1957 ist auch der Staatshaushaltsplan für dieses Jahr erst vier Monate nach Beginn der Planperiode veröffentlicht worden<sup>1)</sup>. Das Haushaltsgesetz enthält die nun schon seit Jahren üblichen zusammengefaßten Angaben, die zwar einen Überblick über die regionale Struktur und den Finanzausgleich gestatten, aber eine tiefgreifende Analyse der Einnahmen und Ausgaben ausschließen.

### Struktur und Finanzausgleich

Stellt man die diesjährigen eigenen Einnahmen und Ausgaben der beiden Haushaltspläne (ohne Sozialversicherung) denen des Vorjahres gegenüber, so zeigt sich, daß die Einnahmen im Zentralhaushalt um rd. 7 vH und im Haushalt der Bezirke um knapp 1 vH ansteigen, während die zentralen Ausgaben um rd. 4 vH sinken und die bezirklichen Ausgaben um rd. 10 vH zunehmen sollen. Die hierin zum Ausdruck kommende Ausgabenverlagerung auf die unteren Gebietskörperschaften machte im Finanzausgleich Änderungen zugunsten der Bezirkshaushalte erforderlich.

Zusammengefaßter Staatshaushalt der SBZ, 1957  
in Mill. DM

	Vortrag aus 1956	Ein- nahmen 1957	Aus- gaben 1957	Über- schuß 1957	Gesamt- über- schuß zum 31.12.57
Haushalt der „Republik“					
Eigene Einnahmen und Ausgaben . . .	830,4	22 408,3	20 556,4		
Überweisung an Bezirke . . . . .	—	—	1 223,1		
Zuschuß an Sozial- versicherung . . . .	—	—	501,9	126,9	957,3
Haushalt der Sozialversicherung <sup>1)</sup>					
Eigene Einnahmen und Ausgaben . . .	—	5 889,5	6 509,3		
Zuschuß aus dem Republik-Haushalt .	—	501,9	—		
Aufgelöste Rücklage	—	117,9	—		
Haushalt der Bezirke					
Eigene Einnahmen und Ausgaben . . .	385,0	8 968,4	10 313,3		
Überweisung a. dem Republik-Haushalt .	—	1 223,1	—	7 121,8	263,2
Öff. Haushalt, ges. .	1 215,4	39 109,1	39 104,0	5,1	1 220,5

<sup>1)</sup> Der Haushalt der Sozialversicherung ist nach der Haushaltsordnung der SBZ ein Bestandteil des Republikhaushaltes. Er wurde hier gesondert ausgewiesen, um den Haushalt der zentralen Verwaltungsinstanzen ausgliedern zu können.

Die sog. örtlichen Einnahmen der in den Bezirkshaushalten zusammengefaßten Bezirke, Kreise und Gemeinden bestehen aus Verwaltungs- und Wirtschaftseinnahmen. Zu den letzteren gehören die Nettogewinne der örtlichen volkseigenen Betriebe und — soweit diese für die Ausgabendeckung nicht ausreichen — auch das Aufkommen aus der von der örtlichen volks-

eigenen Wirtschaft abzuführenden Produktions-, Handels- und Dienstleistungsabgabe (mit Ausnahme der Produktionsabgabe der Kaffeeröstereien), bzw. der Körperschafts- und Umsatzsteuer.

An weiteren Steuereinnahmen sollen den Bezirken in voller Höhe die von den Konsumgenossenschaften und den übrigen Genossenschaften abzuführenden Körperschafts-, Umsatz- und Gewerbesteuern sowie die sonstigen Verkehrssteuern und den Kreisen das gesamte Aufkommen aus der Handwerks- und aus der Landwirtschaftssteuer zur Verfügung stehen, wobei die Kreise ihre Gemeinden an diesen Einnahmen beteiligen können. Diese Einnahmen aus Steuerzuweisungen sind in diesem Jahre zugunsten der unteren Gebietskörperschaften erhöht worden. Dies gilt für die bisher anteilige und in diesem Jahre volle Inanspruchnahme der Produktions-, Handels- und Dienstleistungsabgabe bzw. der Körperschafts- und Umsatzsteuer der volkseigenen örtlichen Wirtschaftsbetriebe seitens der Bezirke, Kreise und Gemeinden für die Deckung der Ausgaben, die sich nicht aus den eigenen Einnahmen finanzieren lassen.

Diese eigenen Einnahmen einschl. der Steuerzuweisungen werden da, wo es erforderlich ist, durch den Finanzausgleich — eine Mischung aus Steueranteilen und Zuschüssen aus dem Republikhaushalt — verstärkt. Auch hierbei sind im Jahre 1957 Verbesserungen für die örtlichen Haushalte festzustellen. Die Zahl der in den vollen Genuß der Erträge aus den Steuern von der privaten Wirtschaft (ohne Handwerks- und Landwirtschaftssteuer) kommenden Bezirke ist erhöht worden. Nur die Bezirke Chemnitz und Ost-Berlin können über diese Steuer mit einem Anteil von 70 vH bzw. 72 vH (im Vorjahre 40 vH bzw. 50 vH) verfügen. Die an den Lohnsteuererträgen voll beteiligten Bezirke sind zahlenmäßig um zwei erhöht worden. Die übrigen sechs Bezirke sind teils besser, aber zum Teil auch schlechter gestellt worden. Während die Anteile an den Lohnsteuererträgen für die Bezirke Halle, Erfurt, Suhl und Dresden zum Teil beträchtlich erhöht wurden, sollen den Bezirken Gera, Leipzig, Chemnitz und Ost-Berlin in diesem Jahre niedrigere Anteile zufließen, weil offensichtlich ihre anderen Einnahmequellen ausreichen. Die Bemessung der Steueranteile im Finanzausgleich obliegt allein den Zentralfinanzbehörden. Der sogenannte Einheits-Staatshaushalt der SBZ kennt weder einen Haushalts- und Finanzföderalismus noch den Grundsatz der demokratischen Selbstverwaltung der unteren Gebietskörperschaften.

Für neun Bezirke reichen auch diese Steueranteile nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Der Republikhaushalt enthält daher eine Zuweisung von insgesamt 1,2 Mrd. DM an diese Bezirkshaushalte. Derartige Zuweisungen sind auch in den früheren Haushaltsgesetzen vorgesehen gewesen. Sie sind bisher mit Schwergewicht den wirtschaftlich unterentwickelten und vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Bezirken der SBZ zugeflossen. In diesem Jahre ist eine Ausdehnung der Zuschußleistung auch auf andere Bezirke festzustellen.

Derartige Zuweisungen sind die Folge des in der SBZ durchgeführten Steuerzentrismus. Mit dem Verlust der Steuerhoheit an die Zentralbehörden verloren die örtlichen Haushalte die Steuereinnahmen aus der zentralverwalteten volkseigenen Wirtschaft. Allein

<sup>1)</sup> „Die Wirtschaft“, Ost-Berlin, vom 30. 5. 1957, S. 6; „Deutsche Finanzwirtschaft“, Ost-Berlin, Heft 10/1957, S. 145 ff., und „Neues Deutschland“ vom 30. 4. 1957, S. 4.

Die geplanten Zuweisungen an die Bezirkshaushalte  
in Mill. DM

Bezirke	1954	1955	1956	1957
Rostock . . . . .	133,4	195,6	183,6	249,7
Schwerin . . . . .	100,5	166,0	163,0	178,4
Neubrandenburg . . . . .	108,0	257,5	266,3	324,0
Potsdam . . . . .	69,1	103,0	88,6	100,3
Frankfurt/Oder . . . . .	48,8	147,7	112,1	156,5
Cottbus . . . . .	11,9	64,9	108,0	64,0
Magdeburg . . . . .	47,1	89,8	85,1	140,4
Halle . . . . .	—	—	—	1,8
Erfurt . . . . .	—	—	—	8,0
Gera . . . . .	14,1	—	—	—
Suhl . . . . .	5,2	—	—	—
Insgesamt . . . . .	528,1	1 024,5	1 006,7	1 223,1

die zentrale Finanzbehörde hat es nunmehr in der Hand, die nachgeordneten Haushalte zu subventionieren.

Die Staatseinnahmen

Die Erläuterungen zum Gesetz über den Staatshaushaltsplan sind auch in diesem Jahre wieder recht lückenhaft. Immerhin läßt sich auf Grund der verschiedenen Angaben die Höhe der Haupteinnahme- und -ausgabepositionen mit einiger Sicherheit darstellen<sup>2)</sup>.

Einnahmen im Staatshaushalt der SBZ<sup>1)</sup>  
in Mill. DM

	1956		1957
	Plan	Ist	Plan
Volkseigene Wirtschaft . . . . .	15 622	17 590	19 699
Sonstige sozialistische Wirtschaft . . . . .	3 780	1 750	1 946
Sonstige Einnahmen			
darin			
Privatwirtschaft . . . . .	2 736	2 444	2 318
Lohnsteuern . . . . .	1 279	1 431	1 495
Sonstige Steuern und Einnahmen	6 405	5 971	5 417
Zusammen . . . . .	29 822	29 186	30 875
Sozialversicherung . . . . .	5 706	5 724	2) 6 509
Gesamteinnahmen . . . . .	35 528	34 910	37 384
Doppelzählungen laut Ausweis			
Finanzausgleich			
Republik/Bezirke . . . . .	1 601	.	1 223
Zuschuß an Sozialversicherung	7	.	502
Endsumme lt. Haushaltsgesetz . . . . .	37 136	.	39 109

1) Einschl. Ost-Berlins; z. T. Schätzungen. — 2) Beitragsaufkommen = 5 889,5 Mill. DM, Auflösung der Vorjahresreserve von 117,9 Mill. DM und Staatszuschuß von 501,9 Mill. DM.

Die Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft und der sonstigen sozialistischen Wirtschaft enthalten wie üblich nicht nur die Überschüsse der Betriebe, sondern insbesondere auch die von diesen Betrieben aufgebrauchten Steuern. Durch die Änderungen im Steuersystem, insbesondere die Einführung der Produktions- und Dienstleistungsabgabe, erhöht sich der von der volkseigenen Wirtschaft aufgebrauchte Anteil an den Gesamtsteuern ständig zu Lasten des sonstigen Verbrauchsteueraufkommens.

Nicht ganz klar ist, aus welchem Grunde sich im Laufe des Jahres 1956 der Anteil der volkseigenen Wirtschaft an der gesamten sozialistischen Wirtschaft zu Lasten der übrigen Betriebe um rd. 2 Mrd. DM erhöht hat. Es dürfte sich hierbei um Änderungen in der Art und Weise der Erfassung handeln. Im Plan für 1957 werden die Einnahmen aus der sozialistischen Wirtschaft mit etwa 2,3 Mrd. DM höher angesetzt als sie 1956 waren, obwohl möglicherweise, wie unten ausgeführt, die Gewinnabführungen der Betriebe durch Investitionselbstfinanzierung geschmälert worden sind. Die Erhöhung ist zum Teil auf einen vermutlich um rd. 1 Mrd. DM höheren Anteil an der Aufbringung

2) Wesentliche Quelle: Deutsche Finanzwirtschaft 1957, Heft 10.

ehemaliger Verbrauchsteuern zurückzuführen. (Eine ähnliche Verlagerung hat schon 1956 stattgefunden, wie der niedrige Betrag für Sonstige Steuern und Einnahmen andeutet.) Ferner dürfte erstmals auch ein gewisser Betrag an Nettogewinnen und Steuern der Wismut AG in diesen Einnahmen enthalten sein, so daß der Nettobetrag, der die echte Erhöhung der Betriebsüberschüsse darstellen würde, nicht allzu hoch zu veranschlagen ist; dies insbesondere dann, wenn die unten unter Zuschüssen für die volkseigene Wirtschaft erwähnte Annahme zutrifft, daß sowohl Einnahmen wie Ausgaben im Zuge der Durchführung des neuen Festpreissystems überhöht ausgewiesen sind.

Die Einnahmen aus der Privatwirtschaft erscheinen im Ist für 1956 niedriger als im Voranschlag und werden im Plan 1957 mit einem weiter verringerten Betrag angesetzt. Nach den Erläuterungen sollen die Steuereinnahmen aus der privaten Wirtschaft jedoch 1957 etwa 4 vH höher liegen als im Vorjahre. Es sind also offenbar 1956 auch Aufwendungen für die private Wirtschaft verbucht worden und für 1957 solche weiterhin vorgesehen. Vermutlich handelt es sich hierbei um Beträge, die seitens der öffentlichen Hand für Kommanditbeteiligungen an Privatbetriebe aufgewandt werden. Ihre Höhe dürfte jeweils etwa zwischen 200 und 250 Mill. DM gelegen haben.

Das Lohnsteueraufkommen hat 1956 um etwa 150 Mill. DM höher gelegen als im Plan vorgesehen war und wird für 1957 um weitere rd. 65 Mill. DM höher veranschlagt. Es wird hierzu angegeben, daß das Gesamtaufkommen an Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen einschließlich der Betriebsanteile um 325 Mill. DM höher liegt. Diese Summen entsprechen, gemessen an den bekannten Beträgen für Lohnfonds und durchschnittliche Steuerbelastung, etwa der Erhöhung der Gesamtlohnsomme, die im Volkswirtschaftsplan mit rd. 1,8 Mrd. DM, davon 0,8 Mrd. DM für Schaffung neuer Arbeitsplätze, angesetzt ist.

Die sonstigen Einnahmen, die zum großen Teil auch Verbrauchssteuern enthalten, werden mit etwa 550 Mill. DM niedriger angesetzt. In dieser Position ist möglicherweise der Gegenwert einer sowjetischen Anleihe von 350 Mill. Rubel, die im Januar d. J. zugesagt wurde, enthalten. Der Betrag, um den das Verbrauchsteueraufkommen auf Grund der Änderungen in der Erfassung vermindert angesetzt ist, muß daher, wenn eine gewisse Erhöhung auf Grund der Umsatzerhöhung in Rechnung gestellt wird, wie oben schon erwähnt, etwa in Höhe von 1 Mrd. DM gelegen haben.

In den Einnahmen der Sozialversicherung wird das Beitragsaufkommen mit rd. 165 Mill. DM höher ausgewiesen; da oben von einer Erhöhung um rd. 260 Mill. DM gesprochen wurde, scheinen die sonstigen Einnahmen niedriger angesetzt zu sein. Der Gesamtbetrag der Einnahmen enthält im übrigen 118 Mill. DM aufgelöste Rücklage aus dem Vorjahre und 502 Mill. DM Sonderzuschüsse aus dem Staatshaushalt zur Finanzierung der Erhöhung der Sozialrenten.

Nach den Erläuterungen zum Staatshaushaltsplan sollen im Jahre 1957 insgesamt 4,2 Mill. DM mehr aus allgemeinen und besonderen Finanzquellen zur Verfügung stehen als 1956. Tatsächlich werden die Einnahmen um rd. 2,5 Mrd. DM erhöht ausgewiesen. Hinzu kommt eine Senkung der Besatzungskosten um 980 Mill. DM und möglicherweise rd. 200 Mill. als Gegenwert der sowjetischen Anleihe vom Januar 1957. Der Restbetrag von rd. 500 Mill. DM könnte daher, wenn die hier gemachten Annahmen stimmen, etwa den früheren Zuschüssen für die Betriebsführung der Wismut AG entsprechen, die auf Grund der neuen Preisabreden mit der Sowjetunion künftig fortfallen werden.

Die Ausgaben des Staatshaushaltes

Unter den Staatsausgaben der SBZ ist die Position der staatlichen Investitionen von besonderer Wichtigkeit, da sie anders als in Westdeutschland den wesent-

lichsten Teil aller Investitionen der Produktionswirtschaft umfaßt und damit die eigentliche Quelle des wirtschaftlichen Fortschritts bildet.

**Ausgaben im Staatshaushalt der SBZ<sup>1)</sup>**  
in Mill. DM

	1956		1957
	Plan	Ist	Plan
Staatliche Investitionen . . . . .	4 540	4 404	5 254
Zuschüsse an die VEW . . . . .	1 350	.	3 195
Land- und Forstwirtschaft, MTS . .	3 765	.	4 750
Preisausgleich Außenhandel	3 090	.	.
Materialreserve	.	.	.
Volksbildung, Wissenschaft, Kultur, Jugendförderung, Sport, Sozial- und Gesundheitswesen	5 598	.	7 110
Sozialversicherung . . . . .	5 713	5 606	6 509
Staatsverwaltung . . . . .	2 700	2 600	2 530
Besatzungskosten . . . . .	1 780	.	800
Tilgung und Zinszahlung . . . . .	126	.	.
Organisation und Unterhaltung der „Volksarmee“ . . . . .	975	.	976
Sonstige Ausgaben . . . . .	5 868	.	6 255
Summe . . . . .	35 505	.	37 379
Doppelzahlungen laut Ausweis . .	1 608	.	1 725
Überschuß . . . . .	23	25	5
Endsumme lt. Haushaltsgesetz . . .	37 136	.	39 109

<sup>1)</sup> Einschl. Ost-Berlins; z. T. Schätzungen. — <sup>2)</sup> Vielleicht um 530 Mill. DM niedriger, um die sich dann der Betrag für sonstige Ausgaben erhöht. — <sup>3)</sup> Nur für Organisation und Unterhalt der „Volksarmee“, also ohne Aufwand für Bewaffnung, Bauten und sonstige Ausrüstung.

Mit 5,2 Mrd. DM werden die staatlichen Investitionen im Haushaltsplan um rd. 850 Mill. DM höher angesetzt als die Ist-Ausgaben im Jahre 1956. Davon müssen nach den Zahlen zum Volkswirtschaftsplan etwa 1,2 Mrd. DM für den staatlichen Wohnungsbau bestimmt sein. Der Betrag von 5,2 Mrd. DM enthält offensichtlich nicht die Gesamtheit aller staatlichen Investitionen; denn der Volkswirtschaftsplan setzt sie mit 6,8 Mrd. DM an, also um 1,6 Mrd. DM höher. Ein gewisser Teil des Mehrbetrages entfällt wahrscheinlich auf Investitionen, die mit langfristigen Krediten finanziert werden. So werden beim langfristigen Kreditplan z. B. 570 Mill. DM<sup>3)</sup> als zur Beschaffung von Produktionsmitteln, d. h. als zur Lagerinvestition bestimmt, genannt. Für weitere rd. 1 Mrd. DM Investitionen, die im Volkswirtschaftsplan als staatliche Investitionen aufgeführt werden, müßten, wenn Volkswirtschaftsplan und Staatshaushaltsplan richtig aufeinander abgestimmt wurden, die Mittel auf anderem Wege aufgebracht werden, vielleicht in der neuen Form der Investitionselbstfinanzierung zu Lasten der Gewinnabführung. Möglicherweise zählt aber auch der Volkswirtschaftsplan Überteueringzuschüsse mit zu den Investitionen, die im Staatshaushaltsplan nicht als staatliche Investitionen ausgewiesen werden, sondern den Betrieben als Zuschüsse zufließen.

Der Zuschußbedarf der volkseigenen Wirtschaft wird für 1957 um rd. 1,8 Mrd. DM höher ausgewiesen als im Haushaltsplan für 1956. In den Erläuterungen werden lediglich Zuschüsse in Höhe von 256 Mill. DM für die Einführung der 45-Stundenwoche und solche

<sup>3)</sup> Langfristiger Kreditplan 1,85 Mrd. DM, davon u. a. 746 Mill. DM für den nichtstaatlichen Wohnungsbau und 530 Mill. DM für Investitionen in Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

von 165 Mill. DM für besondere lohnpolitische Maßnahmen erwähnt. Die tatsächliche Höhe der Zuschüsse, die im vergangenen Jahre gezahlt wurden, ist nicht bekannt, sie kann daher schon wesentlich höher gewesen sein als der Plan vorsah. Es ist nämlich wahrscheinlich, daß Finanzbuchungen zur Durchführung des Festpreissystems schon seit 1956 auch im Staatshaushalt einen Niederschlag gefunden haben. Hierbei werden von den Betrieben mit niedrigen Produktionskosten die Differenzen zu den Festpreisen an die staatlichen Verwaltungen abgeführt, erhöhen also die Einnahmen des Staatshaushalts und werden als Festpreisausgleich an andere Betriebe weitergeleitet.

Auch die Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft, einschließlich der MTS, werden um rd. 1 Mrd. DM höher angesetzt. Erwähnt werden Mehrausgaben im landwirtschaftlichen Sektor von 600 Mill. DM, die insbesondere durch die Erhöhung der Erfassung- und Aufkaufpreise für Rinder, Zuckerrüben, Faserpflanzen und Tabak bedingt sind. Der Restbetrag scheint daher für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die MTS bestimmt zu sein, falls er nicht etwa mit den erwähnten 530 Mill. DM im langfristigen Kreditplan identisch sein sollte und der in der Tabelle aufgeführte Betrag entsprechend zu reduzieren wäre.

Die Gesamtposition der Bereiche Volksbildung, Wissenschaft, Kultur, Jugendförderung, Sport, Sozial- und Gesundheitswesen wird gegenüber dem Plan von 1956 um etwa 2,3 Mrd. DM höher ausgewiesen. Davon werden nach den Erläuterungen 1,08 Mrd. DM für die Erhöhung der Sozialrenten erforderlich und weitere 500 Mill. DM sind für die Bereiche Volksbildung, Kultur, Sozial- und Gesundheitswesen vorgesehen. Demnach wären die Bereiche Wissenschaft, Jugendförderung und Sport um 720 Mill. DM höher angesetzt, ohne daß etwas über die Verwendung dieses Postens ausgesagt wird. Erhebliche Aufwendungen im Bereiche Wissenschaft, z. B. für den Bau von Atomreaktoren, scheinen durchaus möglich. Ebenso könnten höhere Summen für Jugendförderung und Sport, in die ja vermutlich auch früher schon ein Teil der Ausgaben für militärische bzw. vormilitärische Ausbildung fiel, angesetzt sein.

Nirgends erwähnt wird in den Erläuterungen, welchen Umfang im kommenden Jahre die Preisausgleichszahlungen für den Außenhandel haben sollen. Immerhin wird man sie auf Grund der Zahlen für 1955 und 1956 wohl mit etwa 3 Mrd. DM ansetzen können.

Der nach den verschiedenen Erläuterungen nicht aufteilbare Rest der Staatsausgaben beträgt dann rd. 3,25 Mrd. DM bzw. 3,75 Mrd. DM, ist also um rd. 2,5 Mrd. DM bzw. 2 Mrd. DM geringer als der entsprechende Restbetrag im Haushaltsplan von 1956. Fortgefallen sind hier die oben erwähnten Zuschüsse an die Wismut AG mit etwa 0,5 Mrd. DM. Dagegen aber wird ein Betrag von 600 Mill. DM als „Haushaltsreserve“ bezeichnet, wovon in früheren Jahren nicht gesprochen wurde. Ob weitere Ausgabenkategorien fortgefallen sind, ist nicht sicher feststellbar, die Ausführungen über die zusätzlich zur Verfügung stehenden Finanzquellen sprechen dagegen. Man kann also wohl annehmen, daß früher nicht besonders aufgeteilte Ausgaben-Summen jetzt bei den oben erwähnten Bereichen erscheinen und die Erhöhung der Ausgaben-summen dort nur zum Teil eine wirkliche Ausdehnung der staatlichen Ausgabenwirtschaft bedeutet.

Der nächste Wochenbericht erscheint am Freitag, dem 19. Juli 1957.

Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1956												1957						
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai				
Anzahl der Werktage:			26	24	23,2	26	26	26,9	25	27	24,4	24	26	24	25						
<b>Industr. Auftragsingang</b> (arbeitsfähig) 1) 2)			BRD	1951 = 100	D	169	182	187	182	171	151	173	176	208	177	177	184	o) 184	189	.	
Grundstoffindustrie			"	"	"	171	183	189	180	186	167	177	180	197	180	175	185	o) 187	188	.	
Investitionsgüterindustrie			"	"	"	218	220	222	213	211	183	198	202	239	218	212	228	o) 234	231	.	
Verbrauchsgüterindustrie			"	"	"	120	137	142	140	113	101	139	142	184	131	141	138	o) 132	146	.	
<b>Ind. Bruttoproduktionsw. 3)</b>			BRD	Mill. DM	S	15283	14869	14967	15867	15536	15868	16077	17053	16902	15896	15559	15153	16529	16209	.	
<b>Prod.-Index (arbeitsfähig) ††)</b>			BRD	1936 = 100		o) 201,9	o) 215,4	o) 222,4	213,6	207,9	206,4	221,3	223,2	236,7	217,6	o) 208,0	o) 216,4	o) 214,6	o) 227,4	232,5	
Industrie insgesamt			"	"	"	147,1	148,5	147,7	147,4	144,8	144,2	146,1	147,3	157,9	144,8	153,8	154,7	o) 152,5	153,8	156,5	
Bergbau			"	"	"	344,7	339,1	326,5	310,5	311,8	308,4	337,5	358,9	379,5	386,4	394,9	380,7	o) 356,1	349,5	348,4	
Energieversorgungsbetriebe			"	"	"	o) 150,3	o) 220,4	o) 259,8	o) 235,2	o) 235,7	o) 232,5	o) 233,5	o) 223,6	o) 221,0	o) 183,9	o) 113,1	o) 145,5	o) 180,8	o) 216,8	219,8	
Bahnhauptgewerbe			"	"	"	181,4	199,2	203,9	202,9	198,6	196,9	202,4	199,1	203,7	187,5	187,8	196,8	o) 201,3	208,7	212,5	
Grundstoffe u. Produktionsgüter			"	"	"	268,7	282,4	291,3	283,7	263,0	252,7	283,3	273,0	292,6	278,2	265,2	283,7	o) 276,9	293,3	298,9	
Investitionsgüter			"	"	"	190,2	199,3	199,9	188,2	184,7	188,9	212,8	220,5	232,1	204,5	202,6	210,2	o) 205,9	o) 214,6	216,8	
Verbrauchsgüter			"	"	"	169,6	183,1	201,3	183,4	189,5	193,2	196,0	213,7	237,4	211,6	178,8	178,2	o) 175,6	204,9	214,7	
Nahrungs- und Genussmittel			"	"	"	104	111	110	105	104	107	123	120	124	118	106	113	114	.	.	
Industrieprodukt. West-Berlins 4)			W-B																		
<b>Produktion</b>			BRD	1000 t	S	1388	1336	1345	1474	1411	1489	1408	1547	1454	1382	1529	1405	1522	1455	1566	
Eisenerz			"	"	"	1949 = 100	182,9	176,0	177,2	194,2	185,9	196,2	185,5	203,8	191,6	201,4	200,5	200,5	191,7	206,3	
Roheisen			"	"	"	1000 t	1473	1408	1431	1464	1505	1506	1467	1550	1501	1525	1398	1543	1464	1546	
1949 = 100			"	"	"	247,5	236,6	240,5	246,0	252,9	253,1	246,5	260,5	252,2	245,8	256,3	234,9	259,3	246,0	o) 259,8	
Rohstahl 5)			"	"	"	1000 t	1979	1835	1801	1938	1956	2052	1925	2101	2004	1854	2055	1919	2054	o) 1929	2067
1949 = 100			"	"	"	259,4	240,5	236,0	254,0	256,4	268,9	252,3	275,4	262,6	243,0	269,3	251,5	269,2	o) 252,8	270,9	
Walzwerkserzeugnisse			"	"	"	1000 t	1324	1246	1211	1328	1330	1372	1284	1416	1326	1425	1323	1407	o) 1263	1368	
1949 = 100			"	"	"	250,8	236,0	229,4	251,5	251,9	259,8	243,2	268,2	251,1	235,2	269,9	250,6	266,5	o) 239,2	259,1	
Personenwagen			BRD	Anzahl	S	72901	71261	71081	77417	60551	66722	72385	79038	73237	63299	77610	71435	80349	77824	86036	
1949 = 100			"	"	"	841,1	822,2	820,1	893,2	698,6	769,8	835,2	911,9	845,0	737,6	895,5	824,2	927,1	897,9	992,7	
Lastkraftwagen			"	Anzahl	S	12783	12802	12755	14160	12515	12409	13362	16049	14999	12565	15423	14478	15788	15642	16080	
1949 = 100			"	"	"	280,1	280,6	279,5	310,3	274,3	271,9	292,8	351,7	322,1	275,4	338,0	317,3	346,0	342,8	352,4	
Kupfer (Elektrolyt)			BRD	t	S	15088	14950	15363	14988	15986	16138	15168	15394	14126	13998	14231	12849	15582	15692	15414	
Bl-i (Hüttenblei insgesamt)			"	"	"	13211	13062	12721	12975	11036	10511	10240	15307	16038	14747	15005	13169	14896	15929	15807	
Zink (roh)			"	"	"	15276	15140	15615	15330	16297	15997	15592	15811	15287	16180	16057	14427	15991	15334	15520	
Steinkohle 6)			BRD	1000 t	S	11628	10836	10264	11521	11261	11523	10782	11638	11520	10712	11829	10853	11574	11099	11614	
1949 = 100			"	"	"	135,2	126,0	119,3	133,9	130,9	133,9	125,3	135,3	133,9	124,5	137,5	126,2	134,5	129,0	135,0	
Koks 7)			"	1000 t	S	3665	3505	3621	3515	3652	3672	3586	3729	3629	3764	3853	3518	3846	3715	3860	
1949 = 100			"	"	"	174,9	167,3	172,8	167,8	174,3	175,3	171,2	178,0	173,2	179,7	183,9	167,9	183,6	177,3	184,2	
Steinkohlenbriketts			"	1000 t	S	622	592	545	627	605	610	562	643	642	578	680	613	647	579	611	
1949 = 100			"	"	"	817,5	765,6	728,1	7620	7726	7903	7756	8603	8203	8102	8581	7723	8189	7597	7907	
Braunkohle			"	1000 t	S	135,8	125,6	120,9	126,5	128,3	131,2	128,8	142,9	136,2	134,5	142,5	128,2	136,0	126,2	131,3	
1949 = 100			"	"	"	144,0	136,2	131,1	147,2	143,4	151,0	140,7	149,2	137,3	132,1	143,8	136,6	148,7	134,5	142,4	
Braunkohlenbriketts			"	1000 t	S	7114	6688	6465	6406	6524	6649	6751	7604	7706	7776	8187	7262	7542	6993	.	
1949 = 100			"	"	"	223,8	210,4	203,4	201,5	205,2	209,2	212,4	239,2	242,4	244,6	257,5	228,4	237,2	220,0	.	
Gaserzeugung 9)			"	Mill. cbm	S	1912	1814	1871	1809	1867	1863	1831	1916	1875	1951	2000	1822	1979	1871	.	
1949 = 100			"	"	"	192,1	182,3	188,0	181,8	187,6	187,2	184,0	192,5	188,4	196,1	201,0	183,1	198,9	188,0	.	
Erdölförderung			"	1000 t	S	281,7	280,8	295,8	292,3	302,1	304,5	298,2	306,4	296,9	311,0	309,7	288,8	o) 319,5	o) 317,6	331,0	
Zeitungsdruckpapier			BRD	1000 t	S	23,4	22,9	22,3	24,5	24,9	24,0	22,9	25,7	23,3	821,	23,6	22,5	23,5	20,3	23,8	
1949 = 100			"	"	"	221,1	216,3	210,7	231,5	235,2	226,7	216,3	242,8	220,1	203,5	223,0	212,6	222,0	191,8	224,8	
Papier und Pappe (ohne Zeitungsdruckpapier)			"	1000 t	S	191,9	186,9	182,6	205,2	201,8	208,9	202,5	217,7	205,3	187,1	214,3	203,4	218,1	194,7	213,9	
1949 = 100			"	"	"	202,3	197,1	192,5	216,4	212,8	220,3	213,5	229,5	216,5	197,9	225,9	214,5	230,0	205,3	225,5	
Schwefelsäure 10) (SO <sub>3</sub> -Inhalt)			BRD	1000 t	S	170,0	167,0	168,0	170,0	169,0	172,0	171,0	179,0	180,0	192,0	185,0	162,0	173,0	o) 177,0	190,0	
Soda (Na <sub>2</sub> CO <sub>3</sub> )			"	"	"	79,4	82,0	85,5	84,1	86,1	84,6	83,1	89,1	84,4	82,4	86,5	77,7	87,5	86,3	79,6	
Chlor			"	"	"	37,5	37,1	37,7	37,2	38,9	39,5	39,0	41,0	40,5	41,3	42,7	37,7	43,8	o) 42,6	43,9	
Stickstoffdüngemittel (N-Inhalt)			"	"	"	64,4	64,5	64,2	65,0	73,0	75,8	72,3	71,5	70,9	71,8	76,1	66,5	78,6	o) 78,7	81,8	
Phosphordüngemittel (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )			"	"	"	30,6	49,0	52,8	56,3	57,4	57,0	55,0	56,8	50,3	50,2	42,2	42,7	43,3	o) 52,5	56,3	
Kammgarne, Streichgarne 11)			BRD	t	S	9309	9075	8531	10139	10135	10300	9955	11442	10627	9402	11088	10304	10338	o) 9784	10484	
1949 = 100			"	"	"	168,1	163,9	154,1	183,1	183,0	185,9	179,7	206,5	191,8	169,7	200,1	186,0	o) 176,6	189,2		
Baumwollgarne			"	t	S	33954	32397	30546	33757	30854	30736	33615	37653	35233	31350	37531	o) 35158	36852	o) 34285	36903	
1949 = 100			"	"	"	176,8	168,7	159,1	175,8	160,7	160,1	175,1	196,1	183,5	163,3	195,5	o) 183,1	o) 191,9	o) 178,5	192,1	
Arbeits- und Straßenschuhe			BRD	1000 Paar	S	6945	6370	6237	4792	5602	6938	6837	7625	7172	5927	7494	7244	7748	o) 7603	8071	
1949 = 100			"	"	"	194,2	178,1	174,4	134,0	156,7	194,1	191,3	213,3	200,6	165,8	209,6	202,6	216,7	212,6	225,7</	